

NIEDERSCHRIFT

über die 22. Sitzung des Gemeinderates von Ennsdorf am *DIENSTAG*, den *28. Oktober 2014*, im Sitzungssaal der Gemeinde Ennsdorf.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

Die Einladung erfolgte am 21. Oktober 2014 durch Einzelladung per E-Mail.

Anwesend: Bürgermeister Alfred Buchberger
Vizebürgermeister Walter Forstenlechner
Geschf. GR Sieglinde Buchberger
Geschf. GR Monika Primetshofer
Geschf. GR Martin Huber
GR Ing. Franz Zauner
GR Reinhold Auer
GR Paul Mühlbachler
GR Daniel Lachmayr
GR Brigitte Aistleitner
GR Markus Halla
GR Andreas Ginner
Geschf. GR Peter Bugram
GR Angela Aigner
GR Ulrike Wieder
GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA
GR Dipl. Ing. Jürgen Weißenbek
GR Johann Langmann
GR Dipl. Ing. Ludwig Riedl
GR Alexander Weprek

Abwesend: GR Birgit Wallner (entschuldigt)

TAGESORDNUNG:

- Pkt. 1): Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Gemeinderates
- Pkt. 2): Bericht über die Gebarungseinschau durch das Amt der NÖ Landesregierung
- Pkt. 3): Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Darlehens zur Sanierung von Wasserleitungen
- Pkt. 4): Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragsvoranschlag 2014
- Pkt. 5): Beratung und Beschlussfassung über die Freigabe einer Aufschließungszone

Pkt. 6): Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung der Energieliefervereinbarung mit der EVN

Pkt. 7): Beratung und Beschlussfassung über eine Resolution hinsichtlich des Freihandelsabkommens TTIP

Bürgermeister Alfred Buchberger eröffnete um 19.30 Uhr die 22. Sitzung des Gemeinderates von Ennsdorf, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt.1: Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass das Protokoll der 21. Sitzung vom 09.09.2014 den Protokolllesern und dem gesamten Gemeinderat zugegangen ist.
Die Protokolle wurden von den Protokolllesern ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen und gefertigt.

Zu Pkt.2: Bürgermeister Alfred Buchberger berichtete, dass im Juni eine **Gebarungseinschau seitens des Amtes der NÖ Landesregierung** stattgefunden hat. Das Ergebnis der Gebarungseinschau wurde schriftlich übermittelt und muss dem Gemeinderat vollinhaltlich in einem eigenen Tagesordnungspunkt zur Kenntnis gebracht werden. Anschließend ist binnen 3 Monaten eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Der Prüfbericht sowie die Stellungnahme des Bürgermeisters zu den einzelnen Punkten liegen dem Protokoll als integrierende Bestandteile bei. GR DI Ludwig Riedl merkte an, dass er den gesamten Bericht durchgelesen hat und er zu der Erkenntnis kam, dass die Verwaltungsarbeiten dadurch noch mehr verstärkt werden. Er fand den Bericht einfach zu umfangreich und die Bürokratie würde immer mehr. GR DI Ludwig Riedl fand die Vorschrift äußerst interessant, dass für eine Sanierung der Wasserleitungen zwanghaft einen Kredit aufgenommen werden muss, obwohl das Vorhaben anders finanziert werden könnte. Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass man sich in Zukunft sehr gut überlegen muss, ob man derartige Vorhaben verwirklichen möchte. Die Leitungen sind über 40 Jahre alt und sollten die Erneuerungen nicht im Zuge des Straßenbaus gemacht werden, wäre dies nicht verantwortungsbewusst, da schon beim Verdichten der Straße Rohrbrüche auftreten können, die man erst viel später merken würde. GR DI Ludwig Riedl erklärte, dass es keine Subventionen und auch keine geförderten Kredite hierfür gibt. Sollte man sich nicht an die Vorschriften des Landes halten, wird man mit der Streichung der Bedarfszuweisungen bestraft. Bür-

germeister Alfred Buchberger machte deutlich, dass man auf € 130.000,- Bedarfszuweisungen unmöglich verzichten kann. Vizebürgermeister Walter Forstenlechner verdeutlichte, dass die Ersetzung von derart alten Wasserleitungen sicher sinnvoll ist. Unzumutbare Erhöhungen zu Lasten des Gebührenzahlers ermöglichen keine Sanierungsarbeiten. **Der Bericht von Bürgermeister Alfred Buchberger wurde vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.**

Zu Pkt.3: Bürgermeister Alfred Buchberger erläuterte, dass für die **Sanierung der Wasserleitungen Darlehensangebote** eingeholt werden mussten. Die Laufzeit soll 20 Jahre betragen werden und die Kredithöhe liegt bei € 250.000,-. Seitens der Banken Sparkasse, Volksbank und Raiffeisenbank wurden Offerte gelegt. Die Raiffeisenbank Enns ging als Bestbieter mit einem 6-Monats-EURIBOR und einem Aufschlag von +0,875% hervor. Der Zinssatz liegt derzeit bei 1,125%. Vergleichsweise boten die Volksbank einen Aufschlag von +0,95% und die Sparkasse einen Aufschlag von +0,96% an. Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass die Aufnahme des Darlehens auch von der Aufsichtsbehörde überprüft und genehmigt werden muss. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Darlehensaufnahme bei der Raiffeisenbank Enns zu den folgenden Konditionen. Kredithöhe € 250.000,- mit einer Laufzeit von 20 Jahren, einem 6-Monats-EURIBOR und einem Aufschlag von +0,875%. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.4: Bürgermeister Buchberger referierte über die Erstellung eines **Nachtragsvoranschlags** für das Jahr **2014**. Der Entwurf des Nachtragsvoranschlags 2014 lag in der Zeit vom 13. Oktober 2014 bis 27. Oktober 2014 zur allgemeinen Einsichtnahme auf, dies wurde entsprechend kundgemacht. Weiters erhielt jede Gemeinderatsfraktion ein Exemplar. Seitens der Bevölkerung wurden keine Stellungnahmen abgegeben. Im Gemeindevorstand und bei den Fraktionsgesprächen wurden die Änderungen zum Voranschlag 2014 ausführlich besprochen. Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass der Sollüberschuss in der Höhe von € 173.000,- aus dem Jahr 2013 im Rechnungsabschluss bekannt wurde und erst im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt werden kann. Die Mehrausgaben betragen insgesamt € 189.600,- und der größte Teil davon war der Ankauf der neuen Kehrmaschine um € 62.800,-. Weiters liegt der Verwaltungskostenbeitrag von der ecoplus NÖ Wirtschaftsagentur laut Vertrag bei € 20.500,-, jedoch wurde dieser Beitrag ursprünglich noch nicht vorgesehen. Betreffend die in der Rechnung der ecoplus NÖ

Wirtschaftsagentur ausgewiesene Mehrwertsteuer muss noch abgeklärt werden, ob diese gerechtfertigt ist. Dem gegenüber stehen Minderausgaben von insgesamt € 60.900,- und Mehreinnahmen von € 378.700,-. Zusätzliche Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt waren somit in der Höhe von € 250.000,- möglich, wobei der wesentliche Teil dem Straßenbau zugeführt wurde. Betreffend Dienstpostenplan wurde Anita Windischbauer als Karenzvertretung für Nicole Nagl vorgesehen. Roswitha Mitterlehner befindet sich bereits in Altersteilzeit und Manfred Sponseiler wurde die Pension zugesichert. Franz Puchner wurde bereits im Voranschlag vorgesehen und ist jetzt statt Manfred Sponseiler angeführt. Weiters betonte Bürgermeister Alfred Buchberger, dass dem Bericht über die Prüfung der Gemeindegebarung bereits Rechnung getragen wurde. GR DI Ludwig Riedl stellte fest, dass es eigentlich höhere Einnahmen gibt und dem außerordentlichen Haushalt mehr zugeführt werden konnte. GR DI Ludwig Riedl fuhr fort, dass zusätzlich noch € 250.000,- Kredit aufgenommen werden müssen. Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass dieses Darlehen bereits berücksichtigt wurde. DI Ludwig Riedl erläuterte, dass ein Betrag von zusätzlich € 316.400,- im Straßenbau angesetzt wurde und wollte wissen, wohin so hohe Kosten einfließen. Bürgermeister Alfred Buchberger machte deutlich, dass die Schlussrechnung bezüglich Leitenweg noch offen sei und die Gartenstraße und der Eichenweg gemeinsam € 335.000,- ausmachen. Weiters ist bei der Steingasse noch ein Endbetrag zwischen € 50.000,- und € 60.000,- offen. Derzeit werden die Unterlagen von der Firma TBV Niedermayr geprüft, jedoch wird sich ungefähr der ausgewiesene Betrag bewahrheiten. Da der Sollüberschuss bereits festgestanden ist, wurden die Vorhaben betreffend Straße ausgeschrieben. Dieser hohe Betrag wird benötigt, damit beide Straßen finanziert werden können. Die Endabrechnungen sind derzeit noch offen, jedoch werden die beiden Straßen demnächst fertiggestellt. **Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt wurden, stellte der Bürgermeister den Antrag auf Zustimmung zum Nachtragsvoranschlag 2014. Der Nachtragsvoranschlag 2014 wurde einstimmig beschlossen.** Ein detaillierter Voranschlag liegt dem Original-Protokoll in Kopie bei.

Zu Pkt.5: GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA verließ wegen Befangenheit den Sitzungssaal. Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass die Verordnung über die Freigabe der Aufschließungszone bereits am 5. Juni 2014 beschlossen wurde, jedoch in der letzten Sitzung vom 9. September 2014 wieder aufgehoben werden musste, da

Freigabevoraussetzungen noch nicht zur Gänze erfüllt wurden. Nun wurden die gesamten festgelegten Freigabebedingungen erledigt. Es wurde ein Erschließungskonzept vorgelegt und der geforderte Lärmschutz bereits in der vollen Aufschließungsbreite errichtet. Es sind noch Geometerarbeiten durchzuführen und weitere Projekte betreffend Kanal und Wasser auszuarbeiten. Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass die Freigabe erneut mittels Verordnung erfolgen und diese neue Verordnung anschließend abermals dem Land zur Verordnungsprüfung vorgelegt werden muss. GR Daniel Lachmayr erklärte, dass er bereits bei der Beschlussfassung am 5. Juni 2014 eine Gegenstimme abgegeben hat und auch diesmal gegen eine Freigabe stimmen wird. Seiner Entscheidung lagen mehrere Argumente zugrunde. Für ihn war die Errichtung des Lärmschutzwalles in voller Breite Voraussetzung, dieser Punkt ist zwar nun erfüllt, jedoch empfindet er eine Freigabe erst dann als sinnvoll, wenn eine Zufahrt in die Schottergrube gebaut wird. Die Belastung der Bevölkerung in Windpassing ist bereits an der Höchstgrenze und er kann die Freigabe dieser Widmung gegenüber den Bewohnern nicht befürworten. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Erlassung einer Verordnung betreffend die Freigabe der Aufschließungszone für das Betriebsgebiet im Bereich der JET Tankstelle. Der Antrag des Bürgermeisters wurde mehrheitlich mit einer Gegenstimme von GR Daniel Lachmayr beschlossen.** (Die Verordnung liegt dem Protokoll als integrierender Bestandteil bei.)

Zu Pkt.6: Bürgermeister Alfred Buchberger berichtete über einen Termin mit Herrn Essletzbichler von der **EVN Amstetten** betreffend **Verlängerung der Energieliefervereinbarung**. Bei diesem Termin wurde die Gemeinde Ennsdorf über den bevorstehenden Ablauf der bereits bestehenden Energieliefervereinbarung informiert. Dieses Thema wird in regelmäßigen Abständen behandelt um eine Versorgungssicherheit zu garantieren. Der bereits bestehende Energieliefervertrag mit der EVN wurde 2011 beschlossen und soll zu den gleichen Konditionen wieder weitergeführt werden. Erfreulicherweise konnte eine jährliche Einsparung von 24.000 KW auf unseren Anlagen vermerkt werden. Die Gebühr von 4,6 Cent/KW wurde nicht erhöht und kann dementsprechend verlängert werden. Da die EVN ein niederösterreichisches Unternehmen ist, würde Bürgermeister Alfred Buchberger die weitere Zusammenarbeit befürworten. Weiters ist damit eine rasche Hilfe in Notsituationen garantiert. GR DI Ludwig Riedl legte dar, dass er die gesamte Vereinbarung

durchgearbeitet habe und dies hochwissenschaftlich verfasst wurde. 4,6 Cent/KW wurden fixiert, jedoch plus Zuschläge. Eigentlich sind es nicht 4,6 Cent/KW sondern 5 Cent/KW, da andere Punkte noch mit in den Preis einfließen. Bürgermeister Alfred Buchberger erkundigte sich nach weiteren Wortmeldungen, jedoch wünschte kein Gemeinderat das Wort. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Verlängerung der Energieliefervereinbarung mit der EVN von 01.01.2015 bis 30.06.2018 mit einer versicherten Gebühr von 4,6 Cent plus Zuschläge/KW. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.7: Bürgermeister Alfred Buchberger brachte dem Gemeinderat zur Kenntnis, dass derzeit die EU und USA ein weitreichendes Freihandelsabkommen namens „**Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (Kurzbezeichnung: TTIP)**“ verhandelt. Diese Verhandlungen werden von einer breiten Gesellschaft misstrauisch gesehen, da sie vor allem im Geheimen stattfinden und völlig undemokratisch ablaufen. Ein besonders heikler Punkt des geplanten Abkommens ist das „**Investor-Staat- Streitbeilegungsverfahren (Kurzbezeichnung: ISDS)**“. Es ermöglicht ausländischen InvestorInnen Staaten bei internationalen, aber geheimen Schiedsgerichten, zu klagen. Damit kann man juristisch gegen jene Gesetze und Verordnungen vorgehen, die zuvor von souveränen Staaten beschlossen wurden. Nach Meinung von Bürgermeister Alfred Buchberger sind TTIP und ISDS demokratiepolitisch inakzeptabel. Er machte deutlich, dass sich viele Gemeinden mit einer Resolution anschließen. Diese Abfassung einer Resolution wird quer durch alle Parteien beschlossen, da niemand die Zustimmung für derartige Verfahren erteilen möchte. Bürgermeister Alfred Buchberger übermittelte bereits im Vorfeld eine Resolutionsvorlage. Dieses Thema ist zwar kein typisches Gemeindethema, aber es soll unbedingt ein Signal gesetzt werden. Die österreichische Bundesregierung und die österreichischen Abgeordneten im EU – Parlament sollen dazu aufgefordert werden, entsprechend dieser Resolution zu agieren. Bürgermeister Alfred Buchberger machte aber deutlich, dass seitens der Bundesregierung durchaus versucht wird, das Bestmögliche zu erreichen, jedoch wollte er den Punkt auf die Tagesordnung setzen um auch das Interesse des Gemeinderates zu signalisieren. Im Anschluss an die Beschlussfassung des Gemeinderates wird Bürgermeister Alfred Buchberger die Resolution den jeweilig zuständigen Stellen zukommen lassen. Er betonte nochmals, dass vor allem Geheimverhandlungen stattfinden, welche völlig

undemokratisch ablaufen. Die europäischen und nationalen Konsumentenschutzbestimmungen und Umweltstandards müssen gewahrt werden. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Abfassung einer Resolution gegen „Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)“ und gegen „Investor-Staat- Streitbeilegungsverfahren (ISDS)“.** **Der Antrag wurde einstimmig angenommen.** (Eine Kopie liegt dem Protokoll als integrierender Bestandteil bei.)

Danach schloss Bürgermeister Buchberger um 20.20 Uhr die öffentliche 22. Sitzung des Gemeinderates von Ennsdorf und bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit.

Er brachte dem Gemeinderat abschließend zur Kenntnis, dass am 17. Dezember 2014 die jährliche Weihnachtsfeier im Gasthof Stöckler/Spitzer stattfindet und bat hierzu um rege Teilnahme.

Die Niederschrift besteht aus 7 (sieben) Seiten.

g.g.g.

Die Gemeinderäte:

Der Protokollverfasser:

Der Bürgermeister: